ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Fratzscher, Marcel

Article

Erhalt der Corona-Solidarität schützt Wirtschaft am besten

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Fratzscher, Marcel (2020) : Erhalt der Corona-Solidarität schützt Wirtschaft am besten, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 87, Iss. 43, pp. 826-, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2020-43-3

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/226761

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

MARCEL FRATZSCHER

Erhalt der Corona-Solidarität schützt Wirtschaft am besten

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Stimmen werden immer lauter: Man könne sich keine weiteren Restriktionen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland mehr erlauben, trotz der zweiten Infektionswelle, die Deutschland hart zu treffen droht. Oberste Priorität der Corona-Politik müsse sein, das wirtschaftliche Leben in Deutschland nicht zu behindern. Jeder kann das Argument nachvollziehen: Erneute Einschränkungen der Reisefreiheit und Schließungen von Geschäften, Restaurants und im Einzelhandel zur Bekämpfung der zweiten Infektionswelle würden viele Unternehmen hart treffen und könnten deren Existenz bedrohen. Dies würde auch Beschäftigte treffen und die Arbeitslosigkeit unweigerlich erhöhen. Die gesamtwirtschaftliche Erholung könnte empfindlich getroffen werden und sich nochmals deutlich verzögern.

So logisch und einleuchtend das Argument auch klingen mag, so baut dieses Argument einen falschen Widerspruch zwischen dem Schutz der Gesundheit und dem Schutz der Wirtschaft auf, der in der realen Welt so nicht existiert. Es wird ein Konflikt suggeriert, den es nicht gibt. Denn Maßnahmen, die effektiv die Ausbreitung des Virus verhindern und verlangsamen, sind auch im Interesse der Wirtschaft. Firmen in der Gastronomie und der Tourismusbranche werden nur dann bald wieder mehr Umsätze machen können, wenn die Kundinnen und Kunden auf die Sicherheit und den Schutz ihrer Gesundheit vertrauen können. Wenn Menschen Angst haben zur Arbeit, in den Supermarkt oder in die Geschäfte zu gehen, dann ist der Schaden für die Wirtschaft nicht geringer, sondern sogar noch deutlich höher.

Schlimmer noch: Wenn das Vertrauen der Menschen in die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft erst einmal beschädigt ist, ist dieses schwer zurückzugewinnen. Dann werden Menschen Ankündigungen und Versprechungen der Politik immer weniger Glauben schenken und sich selbst beschränken. Auch das würde der Wirtschaft, etwa dem privaten Konsum, nicht helfen – ganz im Gegenteil.

Die oberste Priorität der Politik sollte daher nicht primär die Abwägung sein, ob man nun weitere Restriktionen einführt oder nicht, sondern für welche Regeln und Beschränkungen eine möglichst breite und umfassende Akzeptanz in der Bevölkerung gefunden werden kann. 85 Prozent der Menschen in Deutschland hielten Umfragen zufolge die Restriktionen während der ersten Infektionswelle für richtig und sind auch mit Blick auf mögliche weitere Restriktionen jetzt in der zweiten Phase dieser Auffassung. Die Regeln und Einschränkungen müssen jedoch transparent und angemessen sein. Das erfordert eine offene und ehrliche Kommunikation der Politik, auch mit Unterstützung der Wissenschaft.

Der vielleicht wichtigste Grund für die im internationalen Vergleich relativ erfolgreiche Bewältigung der Corona-Pandemie in Deutschland ist das hohe Maß an Solidarität und der starke Gemeinschaftssinn. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass sehr solidarische Gesellschaften große Krisen wie Pandemien, Naturkatastrophen und Kriege in jeglicher Weise besser bewältigen als Gesellschaften, die sehr individualistisch geprägt sind. Dies widerlegt die These der Überlegenheit des Sozialdarwinismus, derzufolge erfolgreiche Gesellschaften solche sind, in denen sich die Stärksten durchsetzen, und bestätigt die des Naturforschers Piotr Kropotkin, der bereits Ende des 19. Jahrhunderts die Überlegenheit von Gesellschaften mit einem hohen Maß an Solidarität und Gemeinschaftssinn betont hat.

Der Grund für den relativen Erfolg Deutschlands in der Bewältigung der Pandemie lag bisher vor allem im starken gesellschaftlichen Zusammenhalt und in dem hohen Maß an Solidarität, vielleicht mehr noch als in einem starken Sozialstaat und guten staatlichen Institutionen, die Deutschland im Vergleich zu fast allen anderen Ländern der Welt hat. Diese Lehren sollten wir nun nicht über Bord werfen, sondern Regeln und Restriktionen schaffen, die ein hohes Maß an Akzeptanz haben und Gemeinschaftssinn und Solidarität nicht aushöhlen.

Dieser Text ist am 15. Oktober in einer längeren Version als Kolumne in „Fratzschers Verteilungsfragen" bei ZEIT Online erschienen.

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2020-43-3

IMPRESSUM

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200
87. Jahrgang 21. Oktober 2020

Herausgeberinnen und Herausgeber
Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion
Dr. Gritje Hartmann

Lektorat
Dr. Franziska Bremus

Redaktion
Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor; Sandra Tubik; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung
Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter **www.diw.de/newsletter**